

Dr. Andreas Schockenhoff

für den Wahlkreis Ravensburg im Deutschen Bundestag



Berlin *aktuell*

Ausgabe Nr. 5/2010 • 05. März 2010

Thema der Woche

Telekommunikationsgesetz nichtig Vorratsdatenspeicherung dennoch nicht per se verfassungswidrig

Das Bundesverfassungsgericht hat an diesem Dienstag mit seiner Entscheidung die notwendige Rechtssicherheit geschaffen. Es lässt die grundsätzliche Speicherung der für die Arbeit der Sicherheitsbehörden unverzichtbaren Daten zu und bestätigt die gesetzgeberische Grundentscheidung, dass in bestimmten Fällen schwerwiegender Straftaten ein Eingriff in das Fernmeldegeheimnis aus Art. 10 Grundgesetz möglich ist. Es hat auch zugestanden, dass die Vorratsdatenspeicherung und der darauf gründende Verkehrsdatenabruf zur Aufklärung solcher Straftaten erforderliche und geeignete Ermittlungsinstrumente sind. Auskünfte über Vorratsdaten sind danach bei einer ganzen Reihe schwerwiegender Straftaten möglich. Damit trägt das Bundesverfassungsgericht den Bedürfnissen einer effektiven Strafrechtspflege und Gefahrenabwehr gebührend Rechnung. Gleichzeitig ist Deutschland in der Lage, vollumfänglich seinen europarechtlichen Verpflichtungen nachzukommen. Das begrüßt die CDU/CSU-Fraktion ausdrücklich. Begrüßenswert ist angesichts der anhaltenden terroristischen Bedrohung außerdem die Anerkennung durch das Bundesverfassungsgericht, dass auch in den wichtigen Bereichen der Polizei und Nachrichtendienste der Zugriff auf Vorratsdaten grundsätzlich möglich ist. Die bei der Novellierung des BKA-Gesetzes geschaffenen Befugnisse des BKA, auf Vorratsdaten zuzugreifen, müssen auch in Zukunft grundsätzlich bestehen bleiben. Das Bundesverfassungsgericht hat allerdings zentrale Vorschriften des Telekommunikationsgesetzes zur Vorratsdatenspeicherung, also die konkrete Ausgestaltung der Vorratsdatenspeicherung selbst, wegen Verletzung des Schutzes des Telekommunikationsgeheimnisses für nicht verfassungsgemäß und (mit 4:4 Stimmen) für nichtig erklärt. Das Gesetz muss damit so behandelt werden, als sei es nie in der Welt gewesen. Bereits vorhandene Daten müssen gelöscht werden. Damit wird in zahlreichen Fällen

eine umfassende Sachverhaltsaufklärung nicht mehr möglich sein. Laufende Verfahren müssen möglicherweise eingestellt werden. Abgeordnete der Unionsfraktion haben vor diesem Hintergrund bedauert, dass sich die Vertreter, die das Gesetz für verfassungsgemäß gehalten haben, mit ihren guten Argumenten mehrheitlich nicht durchsetzen konnten. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Günter Krings betonte in diesem Zusammenhang: „Derjenige, der schwerste Straftaten begeht oder plant, sollte sich aber nicht in Sicherheit wiegen. Der Staat muss weiter seiner Schutzpflicht gegenüber den Bürgern nachkommen können. Die Klärung der Schuld des Schuldigen und der Unschuld des Unschuldigen erfordert jetzt eine angemessene Antwort des Gesetzgebers. Aufklärung schwerster Straftaten und Gefahrenabwehr sind keine Bedrohung für die Freiheit und Sicherheit der Bürger, sondern eine Grundlage unseres Zusammenlebens.“ Aufgrund der Aufhebung des von der damaligen SPD-Justizministerin Zypries verantworteten Telekommunikationsgesetzes muss jetzt zügig ein neues Gesetz vorgelegt werden, das den hohen Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts genügt. Im Bereich der Aufklärung schwerster Straftaten brauchen die zuständigen Behörden eine klare Rechtsgrundlage und dürfen nicht zur Untätigkeit verurteilt werden. Zugriffsbeschränkungen und Sicherheitsauflagen werden entsprechend der Vorgaben aus Karlsruhe umgesetzt werden müssen, damit eine effektive Terrorismusbekämpfung weiter möglich bleibt. Gerade im Kampf gegen den Terrorismus ist der Zugriff auf Verbindungsdaten im Vorfeld oftmals das einzige Mittel, schwere Straftaten zu verhindern. Daher müssen die Ermittlungsbehörden weiter über effektive Ermittlungsinstrumente wie die Vorratsdatenspeicherung verfügen. Ein Verzicht auf das Instrument kommt daher für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion nicht in Frage.

Aus Plenum und Lobby

Beitragsfreie Kurzarbeit bis 2011 verlängern

Die Kurzarbeiterregelung soll auch über den Jahreswechsel 2010/2011 hinaus zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes beitragen. Der Vorsitzende der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag und Generalsekretär der baden-württembergischen CDU Thomas Strobl und der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und südbadische Bundestagsabgeordnete Peter Weiß haben sich dafür ausgesprochen, dass auch im Jahr 2011 kurzarbeitende Betriebe durch die Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge durch die Bundesagentur für Arbeit finanziell entlastet werden. Nach einem arbeitsmarktpolitischen Gespräch der baden-württembergischen CDU-Bundestagsabgeordneten mit der Leiterin der Regionaldirektion der Agentur für Arbeit Eva Strobel erklärten die Abgeordneten Thomas Strobl und Peter Weiß: „Die Kurzarbeiterregelung ist für Baden-Württemberg von größter Bedeutung, weil der Arbeitsmarkt in unserem Lande durch diese Regelung stärker als anderswo in Deutschland stabilisiert wird“. Dies betreffe vor allem die derzeit schwierige Lage im Maschinenbau. Da die Kurzarbeiterregelung ihre praktische Wirkung nur entfalte, wenn sich die Kostenbelastung der Betriebe nicht verschlechtere, sei es notwendig, weiterhin ab dem siebenten Monat die Sozialversicherungsbeiträge durch die Agentur für Arbeit zu übernehmen. „Im typischen Mittelstandsland Baden-Württemberg nutzen zunehmend auch die von der Krise betroffenen Klein- und Mittelbetriebe das Instrument Kurzarbeit“, stellen Thomas Strobl und Peter Weiß fest. Der Mittelstand habe bislang maßgeblich durch sein besonnenes Handeln zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes beigetragen. „Mit Kurzarbeit statt Entlassung wollen wir weiterhin den Unternehmen wie den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eine Perspektive geben“, erklärten Strobl und Weiß.

Internet und digitale Gesellschaft

In dieser Woche hat der Deutsche Bundestag mit den Stimmen der CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis90/Die Grünen die Einsetzung einer Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ beschlossen. Ebenfalls in dieser Woche hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion den nordbadischen Bundestagsabgeordneten und stellvertretenden Vorsitzenden der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag Axel E. Fischer zum Vorsitzenden dieser Enquete-Kommission nominiert.

Die Enquete-Kommission soll politische Handlungsempfehlungen erarbeiten, die der weiteren Verbesserung der Rahmenbedingungen der Informationsgesellschaft in Deutschland dienen. Das Internet ist nicht länger nur eine technische Plattform, sondern entwickelt sich zu einem integralen Bestandteil des Lebens vieler Menschen. Gesellschaftliche Veränderungen finden maßgeblich im und mit dem Internet statt. Wir haben uns im Koalitionsvertrag eindeutig zur Freiheit des Internets bekannt. Der Staat muss Rahmenbedingungen setzen, um das Internet als freiheitliches Medium zu schützen sowie seine Funktionsfähigkeit und Integrität zu erhalten und zu fördern. Für Bürgerinnen und Bürger, für Wirtschaft und Wissenschaft ist ein freier, ungehinderter Zugang zum Internet von großer Bedeutung und entscheidet mit über den Wohlstand eines Landes. Die Entfaltung der Freiheitsrechte, im besonderen Maße das Persönlichkeitsrecht und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, müssen im digitalen Zeitalter gewahrt und ihre Durchsetzbarkeit gesichert werden. Die zunehmende Bedeutung des Internets und seine Nutzung durch die überwältigende Mehrheit der Menschen in unserem Land hat Folgen für die Gesellschafts-, Bildungs- und Rechtspolitik, die mit der Enquete-Kommission des Bundestages näher beleuchtet werden sollen. Dabei wird die Enquete-Kommission die Öffentlichkeit in besonderem Maße in ihre Arbeit einbeziehen.

Personalie

Der Reutlinger Bundestagsabgeordnete Ernst-Reinhard Beck ist in dieser Woche von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dem Präsidenten des Deutschen Bundestages für das Amt des Vorsitzenden des Beirats der Bundeszentrale für politische Bildung vorgeschlagen worden. In der Konstituierenden Sitzung dieses Gremiums wird Beck dann offiziell bestätigt.

Zitat

«Wir wollen mit der Telekommunikationsüberwachung ja keine Schwarzfahrer oder Eierdiebe ermitteln. Es geht hier um Schwerestrafkriminalität.»

(Der Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), Rainer Wendt, am Mittwoch in Berlin zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die umstrittene Vorratsdatenspeicherung.)

Daten und Fakten

- **Durchschnittsverdiener nur selten von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen:**

Die übergroße Mehrzahl der Bezieher von ALG II haben in ihren vorherigen Jobs weit unterdurchschnittlich verdient. Etwa 80 Prozent der Betroffenen hatten in ihrer letzten Anstellung weniger als 1000 Euro, 50 Prozent sogar weniger als 500 Euro monatlich verdient. Lediglich jeder Zehnte Langzeitarbeitslose erzielte ein Einkommen von 1500 Euro oder mehr. Über 3500 Euro kam lediglich ein Prozent.

Die angeblich weitverbreitete Furcht vieler Durchschnittsverdiener, im Falle des Arbeitsplatzverlustes in die Langzeitarbeitslosigkeit abzugleiten, ist offensichtlich unbegründet.

(Quelle: IZA)

- **Schwellenländer für den deutschen Export immer wichtiger:**

Für die deutsche Exportwirtschaft gewinnen aufstrebende Wirtschaftsnationen wie China, Polen und die Türkei immer stärker an Bedeutung. Bereits im Zeitraum 2000 bis 2007 ging mehr als ein Drittel des deutschen Exportwachstums auf das Konto der Schwellenländer. Auch während der Wirtschaftskrise ist der Anteil dieser Märkte am deutschen Export weiter gewachsen: Im vergangenen Jahr hat er sich von 18 auf 25 Prozent erhöht. Das entspricht einem Plus von fast 130 Milliarden Euro.

Experten gehen davon aus, dass dieser Trend anhalten wird. Hauptgrund hierfür sei die fortschreitende Industrialisierung der Schwellenländer, die zu einer steigenden Nachfrage nach Investitionsgütern deutscher Hersteller, z. B. Anlagen, Maschinen und Nutzfahrzeuge führe. Zudem ist davon auszugehen, dass sich große Schwellenländer wie China und Indien stärker von der aktuellen Wirtschaftskrise erholen werden als die meisten Industrieländer.

(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft)

- **Starker Bevölkerungsrückgang in den neuen Bundesländern erwartet:**

2060 werden in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) voraussichtlich 37 Prozent weniger Menschen leben als 2008. 36 Prozent der dort lebenden Menschen werden 65 Jahre oder älter sein. Infolge dieser Entwicklung geht die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter um 50 Prozent auf vier Millionen zurück.

Auch Gebiete der alten Bundesrepublik werden von der demographischen Veränderung betroffen sein, allerdings nicht so stark. Bis 2060 ist hier von einem Bevölkerungsrückgang um 19 Prozent auszugehen. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte sich von heute 38 auf dann 26 Millionen verringern.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

An dieser Stelle berichtet heute der Ravensburger Johannes Maurer über seine Erfahrungen während eines Praktikums in meinem Berliner Büro:

„Ein einzigartiges Erlebnis, das ich auf jeden Fall weiterempfehlen kann“

Eine horrende Staatsverschuldung treibt Griechenland an den Rand des Staatsbankrotts, das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe beanstandet die Ermittlung der Hartz IV-Sätze und der Bundesaußenminister Guido Westerwelle sorgt mit Äußerungen zur selben Thematik für heftigen Wirbel. All diese Themen beschäftigten in den letzten Wochen die Berliner Politik und mir bot sich die Gelegenheit, dies hautnah mitzerleben.

Mein Name ist Johannes Maurer und ich studiere Jura an der Universität Heidelberg. Ursprünglich komme ich jedoch aus Ravensburg, wo ich seit mehreren Jahren in der Jungen Union engagiert bin - seit letztem Jahr sogar als stellvertretender Vorsitzender. Im Moment absolviere ich ein vierwöchiges Praktikum im Berliner Büro unseres Bundestagsabgeordneten Dr. Andreas Schockenhoff.

Generell gestaltet sich mein Praktikum, vor allem durch das außenpolitische Engagement von Herrn Schockenhoff, äußerst interessant und abwechslungsreich. Neben der Recherche zu verschiedenen politischen Themen, wie beispielsweise dem Wirtschaftsfonds Deutschland oder dem Vertrag von Lissabon, habe ich sehr große Freiräume in der Ausgestaltung meiner Tätigkeit. Dies ermöglicht es mir, meine eigenen politischen Interessensgebiete weiter zu vertiefen und macht die Arbeit hier auch letztendlich so besonders.

Einen direkten und authentischen Einblick in die Berliner Politik habe ich bisher durch die Teilnahme an Sitzungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, des Europa-Ausschusses sowie des Bundestagsplenums bekommen, was äußerst eindrucksvolle Erlebnisse waren. Selbstverständlich ist aber auch der persönliche Kontakt mit

Herrn Dr. Schockenhoff und dessen Referenten jederzeit möglich.



Johannes Maurer im Jakob Kaiser Haus in Berlin

Abgerundet wird all dies von den hervorragenden Arbeitsbedingungen im Jakob-Kaiser-Haus, in welchem die Büros vieler Abgeordneter untergebracht sind. Nicht zuletzt deswegen konnte ich bisher schon der ein oder anderen namhaften Persönlichkeit begegnen. Abgesehen davon sorgt aber auch der Kontakt mit den übrigen drei Praktikanten, mit denen ich mir ein Büro teile, für ein angenehmes und mitunter auch recht heiteres Arbeitsklima.

Als Fazit meines Praktikums kann sich sagen, dass es ein einzigartiges Erlebnis war, das ich auf jeden Fall weiterempfehlen kann.

Terminvorschau

05.03.2010, 19.30 Uhr

Wahlkreismitgliederversammlung zur Aufstellung des Landtagskandidaten für den Wahlkreis 69 Meckenbeuren

07.03.2010, 13.30 Uhr

57. Bezirksschützentag Oberschwaben Eriskirch

08.03.2010, 11.00 Uhr

Besuch bei der Firma Müller Weingarten Weingarten

09.03.2010, 12.00 Uhr

Politischer Mittagstammtisch des CDU-Wirtschaftsrats RV Ravensburg

09.03.2010, 16.00 – 18.00 Uhr

Bürgersprechstunde
CDU-Wahlkreisbüro Weingarten (siehe unten!)

10.03.2010, 14.30 Uhr

Veranstaltung Seniorenforum Ravensburg „100 Tage Bundesregierung“
Seniorentreff am Hirschgraben, Ravensburg

11.03.2010, 19.30 Uhr

Wahlkreismitgliederversammlung zur Aufstellung des Landtagskandidaten für den Wahlkreis Wangen Festhalle Leutkirch

14.03.2010

Wahl des Oberbürgermeisters in Ravensburg

15.03.2010 – 19.03.2010

Sitzungswoche in Berlin

22.03.2010 – 26.03.2010

Sitzungswoche in Berlin

WICHTIG:

Nächste Bürgersprechstunde für alle interessierten Bürgerinnen und Bürger
aus meinem Wahlkreis: 09. März 2010, 16.00 – 18.00 Uhr

in der Kreisgeschäftsstelle in Weingarten

Impressum



Dr. Andreas Schockenhoff

Mitglied des Deutschen Bundestages
für den Wahlkreis Ravensburg-Bodensee

Stellvertretender Vorsitzender
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Platz der Republik 11, 11011 Berlin

Tel. 030/ 227-73174

Fax 030/ 227-76955

www.schockenhoff.de

andreas.schockenhoff@bundestag.de